

**Postulat Lehmann Meta und Mit. über ein Massnahmenpaket  
betreffend Elektroheizungen**

eröffnet am 12. September 2022

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, wie mit einem Massnahmenpaket der Einsatz von elektrischen Widerstandsheizungen in Gebäuden reduziert werden kann.

**Begründung:**

Gebäude sollten nicht mehr mit elektrischen Widerstandsheizungen, so genannten Elektroheizungen, beheizt werden. Elektroheizungen sind ineffizient, und sie brauchen im Winter viel Strom, genau dann, wenn die Stromversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energieträgern ohnehin zur Herausforderung werden wird. Zudem gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wie Gebäude mit erneuerbaren Energieträgern und um ein Vielfaches effizienter beheizt werden können. Ausserdem nimmt die Dringlichkeit zu, Massnahmen zu ergreifen, um drohende Stromversorgungsengpässe im Winter zu vermeiden. Ein Massnahmenpaket, um die Anzahl der ineffizienten Elektroheizungen deutlich zu reduzieren, ist deshalb angezeigt.

Im Kanton Luzern werden immer noch rund 4000 Gebäude mit Elektroheizungen beheizt (vgl. dazu Bericht des Bundesamtes für Energie zuhanden des Bundesrates «Beschleunigung des Ersatzes von Elektroheizungen in der Schweiz» vom 8. Februar 2022). Erfahrungsgemäss sind es oft auch Ferienhäuser und Ferienwohnungen – also Zweitwohnungen –, die elektrisch beheizt werden. Im Kanton Luzern beträgt der Zweitwohnungsanteil über alle Gemeinden betrachtet 11 Prozent oder rund 22'000 Zweitwohnungen, die nicht das ganze Jahr über genutzt werden. Sie sollen deshalb auch nicht dauern auf Wohnraumtemperatur beheizt werden – egal, welcher Energieträger dazu benutzt wird.

Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) schlagen den Kantonen verschiedene Vorschriften vor, wie der unnötig hohe Stromverbrauch von Elektroheizungen und das unnötige Beheizen von gerade leerstehenden Ferienwohnungen vermieden werden können. Deshalb soll der Regierungsrat prüfen, ob das Modul 4 (Ferienhäuser und Ferienwohnungen) und das Modul 6 (Sanierungspflicht dezentrale Elektroheizungen) der MuKE 2014 in das kantonale Energiegesetz aufzunehmen sind.

Will man eine dezentrale Elektroheizung beispielsweise durch eine Wärmepumpenheizung ersetzen, muss man ein neues Wärmeverteilsystem installieren lassen. Das ist relativ teuer. Verschiedene Kantone unterstützen deshalb diese Neuinstallation mit namhaften Beiträgen – zum Beispiel die Kantone Uri, Waadt oder Wallis. Im Kanton Luzern erhält man den Minimalbetrag, was bei einem typischen Einfamilienhaus gerade mal 1860 Franken entspricht und in keinem Verhältnis zu den effektiven Kosten eines solchen Eingriffs steht. In den vorgenannten Kantonen erhält ein typisches Einfamilienhaus dafür 10'000 Franken Fördergelder.

Deshalb ist auch die deutliche Aufstockung der Fördergelder für die Neuinstallation eines Wärmeverteilsystems beim Heizungersatz zu prüfen sowie allfällige weitere Massnahmen, wie zum Beispiel gezielte Informationskampagnen, um von den Elektroheizungen wegzukommen. Während die Anpassung des Energiegesetzes mehr Zeit in Anspruch nehmen

dürfte, könnte die Aufstockung der Fördergelder für die Neuinstallation eines Wärmeverteil-systems bereits auf das nächste Jahr erfolgen.

*Lehmann Meta*

Candan Hasan

Fanaj Ylfete

Piazza Daniel

Meier Thomas

Brunner Simone

Meier Anja

Sager Stephanie

Ledergerber Michael

Budmiger Marcel

Setz Isenegger Melanie

Schuler Josef

Schneider Andy

Muff Sara

Fässler Peter

Widmer Reichlin Gisela

Sager Urban

Galliker-Tönz Gertrud

Kummer Thomas

Heeb Jonas

Bärtsch Korintha

Waldvogel Gian

Frye Urban